



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

Lehramtsstudenten fördern, Lehrermangel bekämpfen!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6653**

Der Landtag wolle beschließen:

Lehramtsausbildung stärken - Bewerbermangel in 2. Phase begegnen!

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Voraussetzungen zu schaffen, um die Lehramtsstudiengänge an den Universitäten in Halle und Magdeburg entsprechend den Empfehlungen aus dem Bericht der Expertengruppe zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs (Drs. 7/2437) bedarfsgerecht auszubauen und ab dem Wintersemester 2021/2022 in den Mangelbereichen keine Kapazitätsbeschränkungen (NC) mehr vorzunehmen;
2. durch Verordnung nach § 51a Abs. 1 des Besoldungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (LBesG-LSA) zu regeln, dass Lehrkräften im Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt - ggf. gestaffelt nach Regionen - Anwärtersonderzuschläge bis zu 70 % der Grundbezüge erhalten;
3. in Umsetzung des Beschlusses des Landtages in der Drs. 7/1108 zur Gewinnung von mehr Bewerber*innen für den Schuldienst des Landes mit Absolvent*innen der Seminare für Lehrämter in Halle (Saale) und Magdeburg bereits während der Ausbildung vorvertragliche Vereinbarungen zu treffen, um ihren zukünftigen Einsatz für das Land Sachsen-Anhalt zu sichern und für Schulen in Bedarfsregionen gemeinsam mit den Schulleitungen und den Schulträgern ein Anreizsystem zur unmittelbaren Übernahme in den Schuldienst des Landes nach dem erfolgreichen Abschluss des Vorbereitungsdienstes zu entwickeln.

Begründung

Es gibt bei der Sicherung des künftigen Lehrkräftebedarfs im Wesentlichen keinen gravierenden Mangel an Bewerber*innen für ein Lehramtsstudium. Dies zeigt allein die Vielzahl von Kapazitätsbeschränkungen in den Lehramtsstudiengängen an der MLU Halle-Wittenberg. Die Probleme in der 1. Phase der Lehramtsausbildung liegen vor allem in der mangelnden Bereitstellung von Studienplätzen an beiden Universitäten des Landes in Verbindung mit der Fortschreibung der umfangreichen Kapazitätsbeschränkungen (NC) an der MLU Halle-Wittenberg, den Defiziten in der Steuerung der Fächerauswahl und den weiterhin unzureichenden Studienerfolgsquoten in einigen Fachrichtungen.

Diese Defizite in der 1. Phase der Lehramtsausbildung führen dazu, dass die Zahl der Absolvent*innen seit Jahren weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt und nicht einmal die Hälfte, teilweise nur ein Drittel des späteren Einstellungsbedarfs aus eigener Ausbildung gedeckt werden kann. Diese Fehlwicklung wurde durch die bisher nur sehr zögerlich vorgenommenen Schritte zur Erhöhung der Zahl der Studienplätze an der MLU Halle-Wittenberg und die Weigerung der Landesregierung, die Lehramtsausbildung an der OVGU Magdeburg deutlich auszuweiten, nur sehr unzureichend korrigiert. Eine konsequente Ausrichtung an den Bedarfsprognosen der Expertengruppe zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs ist unerlässlich.

Der Mangel an Bewerber*innen für die Einstellungen in den Schuldienst des Landes ist vor allem begründet in dem Bewerbermangel für die 2. Phase der Lehramtsausbildung und darüber hinaus in der unzureichenden Nutzung der im Vorbereitungsdienst vielfach entstehenden Bindung der Lehrkräfte an die Ausbildungsschulen für einen dauerhaften Einsatz im Schuldienst des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Probleme sind bereits mehrfach Gegenstand von Beratungen und Beschlussfassungen im Landtag gewesen, es mangelt aber bisher am Willen zur Umsetzung in der Landesregierung. Diese ist angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Mangelsituation von der Landesregierung dringend einzufordern.

Darüber hinaus ist es unverständlich, weshalb die Landesregierung nicht längst von der Verordnungsermächtigung nach § 51a Abs. 1 des Besoldungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt Gebrauch gemacht hat und mindestens in Reaktion auf die entsprechenden Regelungen im Freistaat Sachsen vergleichbare Anwärtersonderzuschläge für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt zahlt.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender